



Rechtsausschuss

25. Sitzung (öffentlicher Teil)¹

21. November 2018

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:35 Uhr bis 14:50 Uhr

Vorsitz: Dr. Werner Pfeil (FDP)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

7

hier: Änderung und Ergänzung der Tagesordnung

Die Behandlung der Tagesordnungspunkte 3 und 5 wird im Einvernehmen aller Fraktionen auf einen anderen Sitzungstermin verschoben.

Zu Tagesordnungspunkt 8 wird im Anschluss an die öffentliche Sitzung eine nichtöffentliche Sitzung abgehalten.

Unter dem TOP „Verschiedenes“ wird das Ministerium der Justiz über ein Vorkommnis in der JVA Werl informieren.

Aktuelle Viertelstunde (beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 1])

8

Schwerer Übergriff auf eine Gerichtsvollzieherin in Bochum – Wann wird Minister Biesenbach endlich für wirksamen Schutz sorgen?

¹ nichtöffentlicher Teil zu TOP 8 siehe nöAPr 17/94

- 1 Organstreitverfahren von 7 Abgeordneten des Landtags NRW gegen die Landesregierung wegen Verletzung des Frage- und Informationsrechts von Abgeordneten** 13

VerfGH 5/18

Vertrauliche Vorlage 17/26

Der Ausschuss kommt überein, dem Landtag zu empfehlen, keine Stellungnahme abzugeben.

- 2 Gesetz zur Änderung des Abschiebungshaftvollzugsgesetzes Nordrhein-Westfalen** 14

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/3558

Ausschussprotokoll 17/424

Der Gesetzentwurf wird mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen angenommen.

- 3 Gesetz zur Stärkung der Sicherheit in Nordrhein-Westfalen – Sechstes Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen** 15

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/2351

Ausschussprotokoll 17/299

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/3865

Ausschussprotokoll 17/438

(Siehe „Vor Eintritt in die Tagesordnung“ – Die Behandlung des Gesetzentwurfs wurde verschoben.)

4 Sicherheit von Großveranstaltungen gewährleisten – Landesregierung muss Veranstaltungsgesetz vorlegen 16

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/2406

Ausschussprotokoll 17368

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt.

5 Istanbul-Konvention konsequent umsetzen – Mädchen und Frauen vor Gewalt schützen 18

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/2546 – Neudruck

Ausschussprotokoll 17/357

(Siehe „Vor Eintritt in die Tagesordnung“ – Die Behandlung des Antrags wurde verschoben.)

6 Keine Doppelmandate im Landtag NRW 19

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/3798

Der Ausschuss beschließt, sich nachrichtlich an der vom federführenden Hauptausschuss beschlossenen Anhörung zu beteiligen.

7 Viertes Gesetz zur Änderung des Justizgesetzes Nordrhein-Westfalen – Erweiterung der untergesetzlichen Normenkontrolle nach § 47 der Verwaltungsgerichtsordnung 20

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP

Drucksache 17/3580

Stellungnahme 17/923, Stellungnahme 17/931 und Stellungnahme 17/983

Der Gesetzentwurf wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP, Bündnis 90/Die Grünen und SPD bei Enthaltung der Fraktion der AfD angenommen.

Die Evaluation soll in vier Jahren durchgeführt werden.

- 8 Todesfall infolge eines Brandes in der Justizvollzugsanstalt Kleve/Tod eines unschuldig Inhaftierten infolge des Haftraumbrandes in der JVA Kleve** *Bericht beantragt von der Fraktion der SPD mit Schreiben vom 09.11.2018 [s. Anlage 2] und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 09.11.2018 [s. Anlage 3])*

22

Bericht der Landesregierung

Vorlage 17/1210

Vorlage 17/1205

Vorlage 17/1192

Vorlage 17/1236

Vertrauliche Vorlage 17/24

Vorlage 17/1298

Vorlage 17/1331

Vorlage 17/1347

Vorlage 17/1346

Vorlage 17/1399

Vertrauliche Vorlage 17/27

- 9 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Verbandsklagerecht und Mitwirkungsrechte für Tierschutzvereine NRW (Tierschutz VMG NRW)**

26

Gesetzentwurf

der Fraktion der SPD und

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 17/4107 – zweiter Neudruck

Der Antrag, auf ein Votum zu verzichten, wird mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der AfD angenommen.

- 10** **Neubau JVA Iserlohn** (*Bericht beantragt mit Schreiben der Fraktion der SPD vom 09.11.2018 [s. Anlage 2]*) **27**
Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1404
- 11** **Pakt für den Rechtsstaat** (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD mit Schreiben vom 09.11.2018 [s. Anlage 2]*) **28**
Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1397
- 12** **Änderung des Strafvollzugsgesetzes und des Jugendstrafvollzugsgesetzes noch in dieser Wahlperiode?** (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD mit Schreiben vom 09.11.2018 [s. Anlage 2]*) **29**
Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1396
- 13** **Rückfallstatistik** (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD mit Schreiben vom 09.11.2018 [s. Anlage 2]*) **30**
Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1403
- 14** **Umsetzung des elektronischen Rechtsverkehrs in Nordrhein-Westfalen** (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD mit Schreiben vom 09.11.2018 [s. Anlage 2]*) **31**
Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1405
- 15** **Opferschutzstrukturen und Netzwerke** (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD mit Schreiben vom 09.11.2018 [s. Anlage 2]*) **32**
Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1398

- 16 Reform der Juristenausbildung** (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD mit Schreiben vom 09.11.2018 [s. Anlage 2]*) **33**
Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1402
- 17 Umgang mit Ersatzfreiheitsstrafen** (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD mit Schreiben vom 09.11.2018 [s. Anlage 2]*) **34**
Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1401
- 18 Salafisten in der Gefängnis-Seelsorge** (*Bericht beantragt von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit Schreiben vom 09.11.2018 [s. Anlage 1]*) **35**
Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1400
- 19 Verschiedenes** **37**
hier: **Mitteilung der Landesregierung zu einem Vorkommnis in der JVA Werl**

2 Gesetz zur Änderung des Abschiebungshaftvollzugsgesetzes Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/3558

Ausschussprotokoll 17/424

Vorsitzender Dr. Werner Pfeil informiert, das Plenum habe am 20. September 2018 in erster Lesung den Gesetzentwurf zur Beratung an den Integrationsausschuss in der Federführung und in der Mitberatung an den Rechtsausschuss überwiesen. Das Protokoll der vom federführenden Integrationsausschuss durchgeführten Anhörung liege mit Drucksache 17/424 vor. Der Integrationsausschuss werde seine Beratungen hierzu voraussichtlich am 5. Dezember 2018 abschließen. Heute finde die abschließende Beratung im Rechtsausschuss statt.

Stefan Engstfeld (GRÜNE) legt namens seiner Fraktion dar, dass Grund- und Menschenrechte oberste Priorität hätten und selbstverständlich auch für Menschen in Abschiebehafthaltung gälten. Die Anhörung habe eindeutig ergeben, dass die immer weitere Verschärfung des Abschiebehafthaltungsabzugs abzulehnen sei. Bei einigen geplanten Verschärfungen stehe sogar die Verfassungsmäßigkeit infrage. Maßnahmen wie Einzelhaft, Fixierung von Untergebrachten, die einwöchige Isolation in der Aufnahmephase und Abschiebehafthaltung als Instrument der Gefahrenabwehr lehne seine Fraktion ab. Viele Sachverständige sähen auch die Einhaltung des europäischen Trennungsgebots zwischen Strafvollzug und Abschiebungshaft durch die geplanten Verschärfungen gefährdet.

Lisa-Kristin Kapteinat (SPD) meint, sollte der Gesetzentwurf beschlossen werden, bestehe insbesondere die Gefahr, dass kein Unterschied mehr zwischen Strafhafthaltung und Abschiebehafthaltung gesehen werde.

Angela Erwin (CDU) unterstreicht, dass die Anhörung gezeigt habe, dass die im Gesetzentwurf unterbreiteten Vorschläge geeignet seien, den veränderten Anforderungen an den Abschiebehafthaltungsabzug und den Erwartungen bezüglich eines weiteren Kapazitätsausbaus gerecht zu werden. Dies betreffe insbesondere Maßnahmen zur präventiven Abwehr von Gefahren, die von untergebrachten gefährlichen Personen ausgehen könnten, sowie die Eröffnung organisatorischer Spielräume für einen effizienteren Personaleinsatz. Flankiert würden die gesetzlichen Maßnahmen durch strukturelle und organisatorische Anpassungen sowie eine vorübergehende Bereitstellung zusätzlicher Ausbildungsplätze für die Eigenausbildung durch das Ministerium der Justiz.

Der Gesetzentwurf wird mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen angenommen.

